Sachbericht 2022

Verschuldungssituation

Die Überschuldungsquote im Landkreis Lüchow-Dannenberg beträgt laut Schuldneratlas Deutschland der Creditreform 9,86% (Stichtag 01.10.2022) und ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Auf der Rankingliste aller kreisfreien Städte und Landkreise liegt der Landkreis auf Platz 322 von insgesamt 401. Damit liegt der Landkreis vor dem Nachbarkreis Uelzen (10,11%) und dem Altmarkkreis Salzwedel (10,55%) aber deutlich über dem Landesdurchschnitt von 8,62% und dem Bundesdurchschnitt von 8,48%.

In Zahlen ausgedrückt heißt das, dass bei einer Einwohnerzahl von ca. 50.000 vermutl. in etwa bis zu 5.000 Einwohner überschuldet sind und das Einkommen nicht mehr ausreicht, um den laufenden finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Schuldnerberatungsstelle versucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten den verhängnisvollen sozialen und finanziellen Abstiegsprozess aufzuhalten und gemeinsam mit den Ratsuchenden Wege zu entwickeln, die geeignet sind, aus dieser für die Betroffenen nicht mehr lösbaren Verstrickung herauszufinden und neue Perspektiven und Ansätze zu ermöglichen.

In der bisherigen Arbeit der SB-Stelle wurde deutlich, dass die Ratsuchenden kaum mehr in der Lage sind, Schuldverpflichtungen und laufende Ausgaben wie Miete, Energie, Lebensunterhalt, notwendige Anschaffungen etc. aufzubringen. Weiter hat sich gezeigt, dass im Landkreis Lüchow-Dannenberg als Hauptverschuldungsursachen der Verschuldung, wie im Bundestrend:

- Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit und längerfristiges Niedrigeinkommen,
- Trennung /Scheidung,
- Krankheit einschließlich Sucht sowie
- wirtschaftliche Unerfahrenheit bzw. unangepasstes Ausgabeverhalten sowie
- gescheiterte Selbständigkeit und gescheiterte Immobilienfinanzierung

der Ratsuchenden sind. Gerade für die Gruppe der unter 30-jährigen ist erfahrungsgemäß die Teilhabe am Konsum bei gleichzeitiger rudimentärer Finanzbildung mit Ursache für die Verschuldungssituation. Auch die Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen spielt eine nicht unbedeutende Rolle.

Im Berichtszeitraum wurde die Beratungsstelle von insgesamt 73 Ratsuchenden aufgesucht zzgl. 42 erfassten Kurzzeitberatungen (telef., online). Für die Bundesstatistik wurden ca. 69 erfasst sowie ca. 4 nicht gemeldete aufgrund fehlender statistischer Angaben und /oder Freigabe. **Die Kommunikation von Angesicht zu Angesicht muss in der Zeit nach Corona teilweise erst wieder neu erlernt werden! Deutlich verstärkt ist „Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit“ ein Grund für das Aufsuchen der Schuldnerberatung im hiesigen Landkreis. Die Stagnierung auf hohem Niveau ist u. E. darauf zurückzuführen, dass die Corona-Pandemie, die Energiekrise aufgrund des Ukrainekrieges sowie die Inflation unzweifelhaft bei den Schuldner*innen ihre Spuren hinterlassen haben, aber noch Rücklagen aus Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs und der guten Konjunktur der Vorjahre vorhanden waren. Zudem war in Zeiten der Lock-Downs das Geldausgeben aufgrund von freiwilligem und unfreiwilligem Konsumverzicht nur in eingeschränktem Umfang möglich. So wird noch immer oftmals, wenn auch unregelmäßig, „Rate gezahlt“.** Auch ist eine mehr als deutliche Zunahme insbesondere telef. Anfragen und Beratungen, aber auch ein gewisses Level an E-Mail-Anfragen zu verzeichnen. Insgesamt dürften dennoch ca. 140 bis 160 Beratungsgespräche mit den Klienten*innen geführt worden sein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei vielen Gesprächen immer auch die Partner mit anwesend waren.

Schulden belasten nicht nur die verschuldete Person sondern das gesamte familiäre System. Bedingt durch die Langwierigkeit von Entschuldungsbemühungen sind hierunter auch Klienten*innen aus vorangegangenen Jahren. Dabei steht das Beratungsangebot grundsätzlich allen Bürgern*innen aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg zur Verfügung. Im Landkreis wurden offene Sprechstunden zunächst, wie gehabt, und nach dem am 03.08.2022 per E-Mail mitgeteilten **Umzug von Dannenberg nach Lüchow am 02.08.2022** jeden Montag, von 9.00 bis 14.00 Uhr in Lüchow und dienstags zunächst auch in Lüchow und **nach der erfolgreichen Suche von neuen Räumlichkeiten ab 06.12.2022 auch wieder in Dannenberg** im Gemeindehaus Königsberger Platz 22. Dort ist nunmehr am Dienstag von 09.00 bis 12.00 Uhr offene Sprechstunde. Dieses basierend auf einer „Komm-Struktur“. Dadurch ergeben sich für die Ratsuchenden keine langfristigen Wartezeiten. Im Rahmen eines Erstgesprächs kann dann das weitere Vorgehen abgesprochen werden und ggf. Folgetermine außerhalb der offenen Sprechstunden vereinbart. Aber nicht jeder Ratsuchende braucht eine langfristige Beratung. Schuldnerberatung ist auch Krisenintervention. Bei der derzeitigen personellen Besetzung und der Nachfrage nach SB wird Krisenintervention und telefonische Beratung immer mehr zum Regelfall. Bei absehbaren kurzfristigen Notlagen kann die Beratungsstelle des Caritasverbandes rasch und unbürokratisch tätig werden und evtl. finanzielle Unterstützung anbieten, sodass oftmals eine weitere Eskalation verhindert werden kann.

Aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und fehlendem Sprachverständnis, gepaart mit unangemessenen Konsumvorstellungen rutschen immer mehr Flüchtlinge in die Verschuldung. Forderungen werden zurzeit meist durch Energieversorger und „Handyanbieter“ geltend gemacht. Eine weitere Zunahme von überschuldeten Flüchtlingsfamilien ist anzunehmen. Mangelnde finanzielle Bildung auf der einen, aber auch das „über den Tisch gezogen werden“ und der Wunsch nach Teilhabe am Konsum auf der anderen Seite sind Ursachen für die Überschuldung dieses Personenkreises.

Aufgabe der Schuldnerberatungsstelle des Caritasverbandes für die Landkreise Uelzen /Lüchow-Dannenberg e.V. ist es, Ansprechpartner und Berater zu sein für Familien und Einzelpersonen die 1. aufgrund ihrer Einkommenssituation nicht mehr in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen und sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden und 2. im Rahmen ihrer sozialpsychologischen Rehabilitation ihre alten Verpflichtungen neu und endgültig regeln wollen. Eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen sozialen Einrichtungen erleichtert dieses. Eine restriktive Trennung zwischen sozialer Schuldnerberatung und Insolvenzberatung scheint uns nicht möglich.

Wesentliche Schwerpunkte der Beratung

I. Schuldnerschutz

- a) Verhinderung einer fristlosen Wohnungskündigung,
- b) Erhalt des Arbeitsplatzes,
- c) Sicherstellen /Herstellen der notwendigen Energieversorgung,
- d) Abwendung von Zwangsmaßnahmen durch die Gläubiger,
- e) Erhalt des Girokontos im Falle einer Kontopfändung bzw. Eröffnung eines neuen Girokontos. Ausstellen der sog. Erhöhungsbescheinigung für ein P-Konto,
- f) Unterstützung bei der Eröffnung eines Basiskontos,
- g) Schuldenregulierung sowie
- h) Ausschöpfen aller Sozialleistungen.

II. Psycho-soziale Betreuung

- a) Leben mit Schulden,
- b) angepasste Haushaltsführung der Ratsuchenden,
- c) Aufarbeitung der durch die Schulden sekundären Problemlage (durch psycho-soziale Betreuung, wie Familienhilfe, etc.) sowie
- d) Zusammenarbeit mit bestehenden Institutionen vor Ort.

III. Entschuldung

- a) Ratenzahlungsvergleiche,
- b) Ratenzahlungsvereinbarungen,
- c) Vergleiche sowie
- d) die Niederschlagung von Forderung(en).

IV. Insolvenzberatung

- a) Erörterung des Verfahrensablaufs,
- b) Forderungsfeststellung und -überprüfung,
- c) Aufdecken etwaiger Hinderungsgründe und ggfs. Weiterleitung an Rechtsanwälte zur Klärung juristischer Fragen,
- d) Vorbereitung und Verteilung des außergerichtlichen Einigungsversuchs,
- e) „Antragsberatung“ der Ratsuchenden und gemeinsame Erarbeitung der Antragsunterlagen zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens sowie
- f) Begleitung und Beratung während des Verfahrens sowie in der Wohlverhaltensperiode.

Die Rahmenbedingungen für das Erreichen einer außergerichtlichen Einigung im Rahmen der Insolvenzordnung waren auch im Berichtszeitraum schwierig. In vielen Fällen ist bereits aufgrund der Gläubigerstruktur im Vorfeld erkennbar, dass eine außergerichtliche Einigung nicht möglich sein wird. Für die Beratungsstellen wäre es u. E. von erheblichem Vorteil, dass bei Annahme des Vorschlages durch mehr als 50% der Kopf- und Massegläubiger, die ablehnenden Gläubiger ebenfalls zur Annahme des Regulierungsvorschlags gezwungen wären. Eine Zustimmungsersetzung nur auf das Schuldenbereinigungsplanverfahren des Insolvenzgerichts zu verlagern, erschwert die Verhandlungen im außergerichtlichen Einigungsversuch.

V. Arbeitsweise der Schuldnerberatungsstelle

Schuldnerberatung ist immer prozesshaft. In der Regel wird Schuldnerberatung auf Grund einer aktuellen Notlage oder einer aufgetretenen Krise kontaktiert. Die notwendigen Sofortmaßnahmen wie Krisenintervention, Absicherung der Lebensexistenz und unmittelbare Abwehrmaßnahmen sind oftmals Ausgangspunkt und Einstieg in den langwierigen, gleichwohl erfolgsorientierten Schuldnerberatungsprozess.

Entwicklung und Anwendung von Strategien in der Schuldnerberatung sind in fünf große aufeinander folgende Arbeitseinheiten aufgeteilt:

- Lebenssituation und Ursachen der Verschuldung,
- Daten- und Informationssammlung,
- Beratungseinheit /Bewertung der Schuldverhältnisse,
- individuelle Verhandlungen mit den Gläubigern,
- Ganzheitlichkeit, Zusammenarbeit sowie Pfändungsschutzkonto.

VI. Pfändungsschutzkonto

Die Anfragen nach (Erhöhungs-)Bescheinigungen für den Fall der Umwandlung eines bestehenden Kontos in ein P-Konto sind im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibend. Insgesamt konnten im Berichtszeitraum diverse P-Kontenbescheinigungen ausgestellt werden. Oftmals sind hier fehlende oder unvollständige Unterlagen ursächlich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass insbesondere Ratsuchende wg. einer Erhöhungsbescheinigung nach § 850k Abs. 5 ZPO tatsächlich einen Bedarf haben, die unterhaltspflichtig sind. Die Umwandlung eines bestehenden Kontos in ein P-Konto ist dabei immer ein Indiz für eine bestehende Schuldenproblematik.

VII. Basiskonto

Seit dem 19.06.2016 hat jeder Verbraucher auf Antrag Anspruch auf ein Basiskonto. Das gilt auch für Asylsuchende und geduldete Personen. Durch diesen Rechtsanspruch haben nun alle Teile der Bevölkerung die Möglichkeit, am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilzunehmen. Die Aufgabe der Schuldnerberatungsstelle liegt vor allem im Bereich der Aufklärung und Unterstützung bei der Antragstellung. Nicht jedes Geldinstitut ist erfreut, wenn Anträge auf Eröffnung eines Basiskontos gestellt werden und manches ist versucht, dieses zu umgehen. Wenn nicht explizite beim Antrag der Begriff „Basiskonto“ genannt wird, erfolgt auch schon mal eine Ablehnung. Nach Intervention der Schuldnerberatungsstelle lenken die Geldinstitute erfahrungsgemäß jedoch meistens ein.